

## **Zusammenfassung der Nachrichten aus Nicaragua (20.1.-30.1.)**

Quelle: Confidencial English

20. Januar 2019

### **Mora und Pineda: Die Rechte der beiden inhaftierten Journalisten werden seit 28 Tagen eingeschränkt**

Nach 28 Tagen ohne Kontakt zu ihren Familien entschied der Strafrichter Henry Morales, dass der im El-Chipote-Gefängnis inhaftierte Miguel Mora, Direktor des Nachrichtensenders *100 Noticias*, sowie die Nachrichtenchefin, Lucia Pineda Ubau, Besuch von ihren Angehörigen empfangen dürfen.

Der Onkel von Pineda erklärte, dass sie bislang noch nicht einmal von ihren Anwälten besucht werden durften. Er bringe jeden Morgen Essen zum Gefängnis, ohne zu wissen, ob es seine Nichte auch erreiche. Sie wüssten auch nichts über den Gesundheitszustand. Er beschrieb die Situation als rechtlich fragwürdig, genauso wie es der Menschenrechtsanwalt Julio Montenegro tat, der Leiter des Anwaltsteams ist, das die beiden Presseleute verteidigt: Er sei als Verteidiger bestellt und konnte seine Mandanten bislang nicht sehen, noch nicht einmal die Vertreter der Botschaft von Costa Rica waren im Fall Pinedas, die Halb-Costa-Ricanerin ist, dazu in der Lage. Das sei aus rechtlicher Sicht ein schwerer Verstoß.

Pinedas Onkel pflichtete dem Juristen bei und ergänzte, dass auf Befehle, die aus dem Präsidentenbunker El Carmen kommen, alle Rechte der politischen Gefangenen eingeschränkt würden.

Mora und Pineda wurden am Abend des 21. Dezember von einer Polizeieinheit entführt. Rund 24 Stunden später fand eine Anhörung hinter verschlossenen Türen statt, in der ihre Berichterstattung als terroristische Straftat bezeichnet wurde. Seit der Razzia am 21. Dezember ist der Nachrichtensender geschlossen und das Signal abgestellt. Es gibt laut *Confidencial* daher auch keine Möglichkeit stattdessen über die Webseite oder Soziale Medien zu kommunizieren. Viele der Journalisten des wichtigen Senders sind entweder arbeitslos oder flohen wie die Nachrichtenmoderatorin Leticia Gaidan nach Costa Rica.

<https://confidencial.com.ni/lucia-pineda-y-miguel-mora-continuan-sin-ver-a-sus-familiares/>

23. Januar 2019

### **Demonstration gegen Ortega-Murillo in Costa Rica**

Etwa 5000 exilierter Frauen und Männer aus Nicaragua demonstrierten am 20. Januar in San José, der Hauptstadt Costas Ricas, gegen die andauernde Repression in Nicaragua und verlangten den sofortigen Rücktritt des Präsidentenpaares Ortega-Murillo.

Die Gruppe, die unter dem Namen die Große Einheit der Exilnicaraguaner bekannt ist und mit blau-weißen Flaggen und Plakaten protestierte, entschied sich zu dieser Demonstration für die Freiheit Nicaraguas, damit der Diktator sehe, dass wo immer Nicaraguaner im Exil versammelt sind auch eine starke Einigkeit und die Hoffnung auf Freiheit im Land herrsche.

<https://confidencial.com.ni/massive-march-of-nicaraguans-in-san-jose-costa-rica/>

24. Januar 2019

### **Abgeordnete des EU-Parlaments machen sich ein Bild von der Lage**

Während des dreitägigen Besuches der Delegation aus dem europäischen Parlament, 23.1.-26.1., unternahm das Ortega-Murillo Regime alles, damit die Bevölkerung nicht den Besuch für Proteste nutzen konnte, die seit September verboten sind und einer Spezialgenehmigung der Polizei bedürfen.

Der ursprüngliche Versuch die EU-Delegation aus dem Land fernzuhalten, scheiterte. Das Regime musste dem Druck der EU nachgeben, die mit Sanktionen drohte.

Aus Sicht der Europa-Parlamentarier ist Ortega ein weiterer Diktator in Nicaragua, der sich auf der falschen Fährte befindet. „Wir werden dazu nicht schweigen, wir werden reagieren“, erklärte vorab der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani.

<https://confidencial.com.ni/regimen-militariza-managua-ante-llegada-de-eurodiputados/>

26. Januar 2019

### **Privatwirtschaft wehrt sich gegen den Vorwurf des Terrorismus**

Die führenden Vertreter der Privatwirtschaft Nicaraguas haben in einer von ihnen angesetzten Pressekonferenz von der Nationalen Polizei verlangt, dass diese „unverzüglich“ den Vorwurf zurücknimmt, dass die Unternehmerorganisationen Teilnehmende eines gescheiterten Putsches im April 2018 und damit ebenfalls Terroristen seien. Mit diesem Vorwurf hatte die Polizei am 24. Januar einen geplanten Protestmarsch der Unternehmer verboten, die mit dem Marsch auf die Dringlichkeit einer Lösung der sozio-politischen Krise aufmerksam machen wollten.

„Ohne jede rechtliche Grundlage habe die Nationale Polizei das Demonstrationsbegehren unter Bezug auf politische Argumente abgelehnt“, erklärte Jose Adan Aguerra, Präsident des Unternehmerverbands Cosep. Das sei entgegen der Prinzipien von Polizeiarbeit und Professionalität. Die Wirtschaftsleute würden absurder Taten beschuldigt, diese Art des Umgang wiesen sie vehement zurück.

Bis zu dem Beginn der sozio-politischen Proteste im April letzten Jahres war der Privatsektor einer der Hauptverbündeten der Regierung von Daniel Ortega.

Juan Sebastian Chamorro, geschäftsführender Direktor des Unternehmerverbands Funides, ist überzeugt, dass das Verbot mit der kämpferischen und entschlossenen Haltung zusammenhänge, die in der privaten Unternehmerschaft von Beginn der Proteste zu erkennen gewesen wäre. Es sei der private Sektor gewesen, der sich früh für einen Protestmarsch sowie landesweite Streiks eingesetzt habe und der die Angehörigen der Gefangenen und Toten sowie die Verletzten unterstütze. Mit dem absurden Verbot solle aus Chamorros Sicht eine Drohkulisse aufgebaut werden.

Ortega lehnt bisher jede Verantwortung für den Missbrauch staatlicher Gewalt ab und behauptet weiterhin Opfer eines versuchten Staatsstreichs zu sein

Für den Präsidenten von Cosep, Aguerri, ist klar, dass zwei Versionen der Wahrheit (der des Regimes und seiner Verbündeten und derjenigen, die in Opposition dazu stehen), nichts im Ergebnis für Nicaragua ändern werden.

Am 11. Januar hat die Organisation Amerikanischer Staaten, OAS, den Prozess eingeleitet, der zur Anwendung der interamerikanischen Charta auf Nicaragua und dem Ausschluss des Landes aus der OAS führen kann.

<https://confidencial.com.ni/sector-privado-evaluara-acciones-ante-prohibicion-de-marchar/>

27. Januar 2019

### **EU-Parlamentarierin filmt im Frauengefängnis**

Mittels Videos hat die portugiesische EU-Delegierte, Ana Gomez, ihren Besuch im Frauengefängnis „La Esperanza“ dokumentiert. Ihre Begegnungen mit den inhaftierten Frauen, politischen Gefangenen, darunter Amaya Coppens, die die belgische und nicaraguanische Staatsbürgerschaft hat, schildern die katastrophalen Bedingungen und die Formen der Misshandlung, die in dem Frauengefängnis herrschen. Das ist das erste Mal in all den Monaten der Krise, dass über die Situation der politischen Gefangenen, insbesondere Frauen, so ausführlich berichtet wird, schreibt *Confidencial*. Die Videos sind auf youtube und Twitter zu sehen.

<https://confidencial.com.ni/ortegas-female-political-prisoners-expose-the-regimes-mis-treatment-to-meps/>

29. Januar 2019

### **FSLN wird international geächtet**

Der Rat der Sozialistischen Internationale (SI), der in der Dominikanischen Republik tagte, beschloss die sandinistische Regierungspartei Nicaraguas, FSLN, wegen Verletzung der Menschenrechte und demokratischen Werte auszuschließen.

In dem Schreiben von Jorge Pattoni Sáenz, Präsident der Costa Ricanischen Partei heißt es, dass „die Regierung Nicaraguas und damit ihre Inspirationsquelle und politische Organisation, die FSLN, das Recht auf Leben, auf persönliche Integrität, auf Gesundheit, auf persönliche Freiheit, auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, auf Meinungsfreiheit und Zugang zur Justiz für Hunderttausende von Nicaraguanern verletzt. Dies ist für unsere Partei und für die Schwesterparteien der Sozialistischen Internationale in jeder Hinsicht inakzeptabel und verwerflich.“

Die Entscheidung über den Ausschluss erfolgte durch Handzeichen. Aktuell gehören dem Rat 145 Parteien und Organisationen aus allen Kontinenten an.

<https://confidencial.com.ni/internacional-socialista-expulsa-al-fsln-de-sus-filas/>

30. Januar

### **EU-Parlamentarier spricht Ortega die Bezeichnung Sozialist ab**

Der griechische EU-Parlamentarier Stelios Kouloglou (Syriza) erklärte, dass Ortegas Regierung nicht als sozialistisch bezeichnet werden könne, weil sie jeglichen dazugehörigen ideologischen Rahmen vermissen lasse. Er führte aus, dass ein Sozialismus ohne Demokratie, ohne Achtung der Menschenrechte und stattdessen mit

politischen Gefangenen keiner sei. Zu diesem Schluss kommt er nach dem dreitägigen Besuch der Delegation aus dem europäischen Parlament in Nicaragua. Der 65-jährige griechische Politiker, der einer linken Partei angehört, war Teil der 11-köpfigen Delegation.

Er machte deutlich, dass seine Vorstellung von Ortegas FSLN-Regierung sich durch den Besuch im Land grundlegend gewandelt habe und er tief enttäuscht sei. Das sei ein Regime, das nur noch an der Macht interessiert sei, kritisierte er.

Auch wenn er durchaus dem einmischenden Agieren der US-Regierung in Lateinamerika und anderswo kritisch gegenüber eingestellt sei, betonte er, dass es keine gute Idee für ein Regime sei das Verhalten der USA als Vorwand zu benutzen, um seine Bevölkerung mit Repressionen zu überziehen.

Zu Ortegas Darstellung, dass es sich um einen versuchten Staatsstreich handele, sagte Kouloglou, dass dies einer gewissen Logik entbehre, da auch ehemalige Sandinisten als Terroristen bezeichnet würden und im Gefängnis seien. Ironisch kommentierte er: „Es ist nicht möglich, dass es in Nicaragua mehr Terroristen gibt als der gesamte Islamische Staat in Syrien und im Irak hat.“ Die EU-Delegation besuchte inhaftierte Journalisten, die acht Monate nach dem angeblichen Staatsstreich inhaftiert worden sind. Das sei doch alles ein wenig seltsam, meinte er.

Für den EU-Parlamentarier ist klar, dass Nicaragua so schnell wie möglich zur Demokratie zurückkehren müsse.

Die FSLN ist für den Griechen dabei eben kein schwarzes Schaf innerhalb der internationalen Linken, da sie keine linke Partei mehr sei.

<https://confidencial.com.ni/leftist-eu-deputy-declares-ortega-anything-but-socialist/>

30. Januar

### **EU-Delegation über Besuch bei inhaftiertem Journalisten Mora und Pineda: Die Wahrheit zu sagen ist kein Terrorismus**

Der Leiter der Delegation der EU-Parlamentarier in Nicaragua, der Spanier Ramon Jauregui Atondo, zeigte sich bewegt von seinem 30-minütigen Gespräch mit Miguel Mora, das in der Zelle des Hochsicherheitsgefängnisses El Chipote geführt wurde. Die rechtliche Lage des Journalisten hat die besondere Aufmerksamkeit der EU-Parlamentarier auf sich gezogen.

In einem Bericht des Sender *Esta Semana*, der nur über Facebook und youtube verbreitet werden kann, aufgrund der de-Fakto-Zensur durch das Ortega-Regime, machte Atondo deutlich, dass Mora verhaftet wurde, weil er in seinem Sender, *100% Noticias*, die Wahrheit verbreitete und Informationen vermittelte, das könne man doch nicht als Terrorismus bezeichnen.

In den Gesprächen, die Atondo mit der Staatsanwaltschaft führte, wurde ihm gesagt, dass Mora mit schwerwiegenden Anklagepunkten zu rechnen habe. Für den EU-Parlamentarier sind diese Anklagen fabriziert und ohne belastbare Grundlage.

Er sei deshalb ernsthaft um Mora besorgt, der seit nun mehr 30 Tagen kein Sonnenlicht mehr gesehen hatte und auch kein Licht in seiner Zelle habe.

Der Parlamentarier besuchte auch Lucia Pineda Ubau, die Chefreporterin von *100% Noticias*. Er versicherte, dass sie eine sehr tapfere Frau sei und dass er genau wie im Fall Moras nicht nachvollziehen könne, warum sie im Gefängnis sitzt.

Diese Eindrücke zusammen mit anderen ließen Atondo schlussfolgern, dass das Land sich in einer ernsthaften politischen Krise befinde. Verschlimmert werde die Situation dadurch, dass er eine geteilte Gesellschaft erlebte: Die Anhänger der Sandinisten auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Teile der Bevölkerung, die eine neue Gesellschaft wollen mit mehr Freiheit und besserer Demokratie als je zuvor und die dies in ihren Protesten auf der Straße kundgetan haben.

Für Atondo ist es unerlässlich, dass der Dialog zwischen Regierung und Oppositionsbewegung wieder aufgenommen wird, auch wenn das derzeit schwierig wirke. Er warnte davor, dass die hassgefüllte Situation eskalieren und in einen Bürgerkrieg münden könne. Hoffnung machten ihm aber die Gespräche mit Vertretern der Oppositionsbewegung, da sie einen eisernen Willen zu einer friedlichen Lösung zeigten.

Er stellte abschließend klar, dass die EU nun einen Fahrplan mit einer Fülle an Maßnahmen aufstellen werde. Die EU-Außenbeauftragte, Frederica Mogherini hat dabei schon gesagt, dass alle notwendigen Optionen dabei berücksichtigt werden, auch Veränderungen in den Rechtsbeziehungen.

*<https://confidencial.com.ni/jauregui-contar-la-verdad-no-es-terrorismo/>*